

Amerikanische Direktinvestitionen in Westdeutschland (in Mio. Dollar)

1950 1960 1965 1966 1967 1968

204 1006 2431 3077 3487 3774'

Die Zahl der amerikanischen Niederlassungen in Westdeutschland ist auch ständig

gewachsen. Wurden 1946 noch 160 gezählt, so waren es 1960 bereits 700, 1965 über 1100, 1968 schon 1500 und 1969 sogar 2000.

Die Marktanteile amerikanischer Unternehmen in Westdeutschland haben gleichfalls einen beträchtlichen Zuwachs erfahren.

Westdeutschland durchzusetzen und Westdeutschland in die Globalstrategie einzuordnen. Der westdeutsche Imperialismus kann aber durch sein Potential und seine Bedeutung für die USA durchaus auch spezifische Interessen gegenüber Washington durchsetzen. Bonn versucht dabei vor allem sein Gewicht zu vergrößern und seine Vorherrschaftspläne in Westeuropa zu realisieren. Die damit verbundene Beschneidung der Führungsrolle der USA ist eine Hauptquelle imperialistischer Widersprüche zwischen beiden Partnern, wobei jedoch die gemeinsamen Ziele zur Durchsetzung der antikommunistischen Politik das dominierende Element sind.

Branche

Produktions- bzw. Marktanteil in %

| | |
|---------------------|------------|
| Elektronik, | |
| Datenverarbeitung | etwa 85—90 |
| Automobilbau | etwa 40 |
| Mineralölindustrie | etwa 40 |
| Flugzeug- und | |
| Raketenindustrie | etwa 40 |
| Gummiverarbeitung | etwa 20 |
| Chemische Industrie | etwa 15 |

Der Anteil der amerikanischen Rüstungsindustrie an der Erstausrüstung der Bundeswehr beträgt rund 75 Prozent.

Sehr aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang auch die westdeutschen Rüstungsaufträge für die Industrie der USA: 1955 bis 1969 etwa 30 Md. DM; seit 1961 jährlich etwa 2 Md. DM; seit 1965 jährlich etwa 2,7 Md.

Noch eine Zahl soll das Sonderbündnis USA—Westdeutschland deutlich machen: Die Gesamttruppenstärke der USA in Westeuropa beträgt 250 000 Mann. Davon sind aber allein in Westdeutschland 200 000 Mann stationiert. An Atomsprengköpfen haben die USA 7000 Stück in Westeuropa eingelagert. Auf westdeutschem Territorium befinden sich davon jedoch rund 6000 Stück,

Schon diese wenigen Fakten zeigen, welche Bedeutung Westdeutschland als Partner der USA besitzt. Zwischen beiden imperialistischen Bundesgenossen besteht eine wechselseitige Abhängigkeit. Dabei sind die USA auf Grund ihres überragenden ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und militärischen Potentials

ebenso wie durch ihr politisches Gewicht in der Lage, ihre führende Rolle auch gegenüber

Imperialistische „Arbeitsteilung“

Die stärkere Heranziehung der imperialistischen Staaten zur Entlastung der USA erfolgt vor allem in den Bereichen, in denen sich die Ziele der USA-Globalstrategie mit den spezifischen Zielen der Partner decken. Der westdeutsche Imperialismus zeichnete und zeichnet sich durch die besondere Aggressivität seiner antikommunistischen Politik aus. Das Rechtskartell versucht nach wie vor, den Status quo in Europa zu verändern und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, wobei die Stoßrichtung gegen die DDR von besonderer Bedeutung ist.

Westdeutschland fällt deshalb im Rahmen der USA-Globalstrategie die besondere Aufgabe zu, die antikommunistische Politik gegen die DDR, die Volksrepublik Polen und die CSSR besonders massiv zu betreiben. Es ordnet sich damit voll in die Globalstrategie der USA ein. Washington nutzt dabei die spezifischen Interessen Westdeutschlands aus.

Unter der Führung der USA setzt das imperialistische System die militärischen Aggressionsvorbereitungen massiv fort. Die militärische Stärke soll als - Druckmittel von der „Position der Stärke“ her ausgenutzt werden und stets für einen geeigneten Einsatzzeitpunkt bereitstehen. Der westdeutsche Imperialismus geht dabei am weitesten auf die amerikanischen Forderungen ein. Bonn stellt 60 Prozent aller NATO-Streitkräfte in Westeuropa und verfügt über 40 Prozent der hier stationierten Kernwaffeneinsatzmittel. Bonn ist der verlässlichste Partner der USA. Für diese Unterstützung Washingtons verlangt Westdeutschland größeren Einfluß in der NATO, vor allem größeren Einfluß auf den Einsatz von Kernwaffen.

Auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses ist ein militärischer Frontalangriff gegen die sozialistischen Staaten nicht möglich. Die USA sehen